

Bremische Bürgerschaft

Landtag

19. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

17.08.17

Öffentlichkeitsfahndungen der Polizei

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Öffentlichkeitsfahndungen unter Verwendungen von Abbildungen wie Fotos, Videofilmen oder Phantombildern gemäß § 131b Abs. 1 der Strafprozessordnung wurden im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2015 und dem 30. August 2017 von den Staatsanwaltschaften im Land Bremen beantragt, und in wie vielen Fällen gaben die zuständigen Amtsgerichte diesen Anträgen statt (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
2. Wie lange hat es im unter Frage 1 genannten Zeitraum durchschnittlich gedauert, bis die Gerichte über die von den Staatsanwaltschaften gestellten Anträge auf Genehmigung einer Öffentlichkeitsfahndung entschieden hatten, und wie lange war die maximale Wartezeit?
3. Was hat der Senat insbesondere organisatorisch getan, um die Zeitspanne zwischen der Beantragung einer Öffentlichkeitsfahndung und deren Genehmigung durch die Amtsgerichte zu verringern?

Jan Timke und Gruppe BIW

2.

17.08.17

Kindergeldzahlungen an EU-Ausländer

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele im Land Bremen lebende Ausländer aus anderen EU-Staaten erhalten Kindergeld, für wie viele Kinder dieses Personenkreises wird die Leistung insgesamt gewährt, und wie viele dieser Kinder leben nicht in Deutschland (bitte nach den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven unterteilen)?
2. Aus welchen EU-Mitgliedsstaaten kommen die ausländischen Bezieher von Kindergeld im Land Bremen, und wie hat sich deren Zahl im Zeitraum zwischen 2010 und 2016 entwickelt (bitte die fünf wichtigsten Herkunftsländer auflisten)?
3. In wie vielen Fällen haben im Land Bremen lebende EU-Bürger zwischen 2010 und 2015 missbräuchlich Kindergeld beantragt, welcher finanzielle Schaden ist dabei entstanden, und in wie vielen solcher Fälle ermittelt die Staatsanwaltschaft aktuell (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Jan Timke und Gruppe BIW

3.

17.08.17

Wirtschaftsbremse Umweltsenator - ist das Verkehrsressort besser beim Wirtschaftssenator aufgehoben?

Wir fragen den Senat:

1. Welche Ursachen hat das derzeitige Chaos beim Verkehrsressort rund um die Genehmigung von Schwerlasttransporten?
2. Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass das Thema Verkehr in anderen Bundesländern nur noch in Berlin beim Umweltsenator, in vielen Fällen aber beim Wirtschaftssenator bzw. Wirtschaftsminister angesiedelt ist?
3. Inwieweit hält der Senat es für sinnvoll, zukünftig die Zuständigkeit für Verkehr beim Senator für Wirtschaft anzusiedeln, um die Verkehrspolitik neu aufzustellen?

Lencke Steiner und Fraktion der FDP

4.

17.08.17

Bremisches Kompetenzzentrum Salafismus/Islamismus/Terrorismus

Wir fragen den Senat:

1. Welche Vorprüfungen - auch wegen möglicher entsprechender Einrichtungen in anderen Ländern - und Maßnahmen hat der Senat für die Errichtung des angekündigten Zentrums unternommen?
2. Mit wie vielen Personen soll das Zentrum ausgestattet werden, mit welchen Aufgabenfeldern, bei welcher Qualifikation bzw. Erfahrung, und wurden bereits entsprechende Auswahl Schritte eingeleitet?
3. Mit welchen Kosten muss für die Unterhaltung des Zentrums gerechnet werden?

Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

5.

17.08.17

Regionale Unterstützungsmodelle für freiberufliche Hebammen

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Unterstützungsmodelle einiger Kommunen, die finanzielle Zuschüsse für freiberufliche Hebammen gewähren?
2. Inwiefern und mit welchem Ergebnis wurden solche Unterstützungsmöglichkeiten auch für Bremen geprüft?
3. Wie bewertet der Senat den Bedarf an Angeboten für Schwangere, Gebärende und junge Familien durch freiberufliche Hebammen?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

6.

17.08.17

Krisenstäbe bei Sonderlagen

Wir fragen den Senat:

1. Welche organisatorische Vorsorge hat der Senat getroffen für die Einrichtung eines Krisenstabes der Landesregierung im Bereich des Innenressorts, um auf größere Schadenslagen, terroristische Angriffe oder ähnliche Ereignisse ausreichend reagieren zu können, und wie sollen andere Bundesländer bzw. angrenzende Gebietskörperschaften und der Bund an- bzw. eingebunden werden, und haben diese ihre Mitwirkung bereits zugesagt?
2. Welche weiteren Senatsressorts und gegebenenfalls zivilgesellschaftlichen Organisationen (z. B. THW) sollen in einem Kommunikationszusammenhang mit dem Krisenstab eingebunden werden?
3. Welche technischen Voraussetzungen müssen für eine komplikationslose Kommunikation geschaffen werden, mit welchen Kosten und sollen, wenn ja, in welchen Abständen, Sonderlagen durch den Krisenstab erprobt werden?

Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

7.

17.08.17

Deutsches Maritimes Zentrum ohne Bremen - Warum setzt sich der Senat nicht für die maritimen Standorte Bremen und Bremerhaven ein?

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit wurde Bremen eine Mitgliedschaft im Deutschen Maritimen Zentrum angeboten bzw. war Bremen an den Verhandlungen zur Gründung des Zentrums beteiligt?
2. Welche Bedeutung misst der Senat den maritimen Standorten Bremen und Bremerhaven bei, und welche Chancen sieht der Senat im Deutschen Maritimen Zentrum?
3. Warum hat sich Senator Günthner explizit dagegen entschieden, für das Land Bremen die Mitgliedschaft im Deutschen Maritimen Zentrum anzustreben?

Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

8.

17.08.17

Videoaussagen in Gerichtsverfahren

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern hat sich der Senat mit der Möglichkeit beschäftigt, bei schweren Straftaten gegen Personen Zeugenaussagen bzw. Aussagen des Opfers über Videoaufnahmen zuzulassen, und wie steht der Senat zu einer entsprechenden Umsetzung?
2. Sieht der Senat für Zeugenaussagen über Video (verfassungs-)rechtliche Bedenken, z. B. in der Beweisführung oder Beweiswürdigung, oder ist er der Auffassung, dass durch einen vermiedenen, für das Opfer häufig anstrengenden peinlichen Auftritt im Gerichtssaal, dessen Aussage freier und unbeeinträchtigt werden würde?
3. Sieht der Senat die Qualität der technischen Voraussetzungen für Ton- und Videoaufzeichnungen für unzweifelhaft gesichert an, und mit welchen Kosten müsste für eine entsprechende Installation gerechnet werden?

Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

9.

17.08.17

Öffnung gewerblicher Waschanlagen an Sonn- und Feiertagen erlauben?

Wir fragen den Senat:

1. Welche Vor- und Nachteile hätte die Erlaubnis zur Öffnung gewerblicher Waschanlagen an Sonn- und Feiertagen nach Ansicht des Senats?
2. Inwieweit würde die Erlaubnis zur Öffnung gewerblicher Waschanlagen nach Ansicht des Senats einen Umweltvorteil bringen?
3. Inwieweit wird sich der Senat für die Erlaubnis zur Öffnung von gewerblichen Waschanlagen an Sonn- und Feiertagen einsetzen?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

10.

17.08.17

Präventionsangebote bei Essstörungen

Wir fragen den Senat:

1. Welche niedrigschwelligen Angebote gibt es für essgestörte Jugendliche im Lande Bremen?
2. Ist dieses Angebot aus Sicht des Senats ausreichend?
3. Ist sichergestellt, dass die Projekte „Ganz schön stark“ und „Kribbeln im Bauch“ fortgesetzt werden?

Sybille Böschen, Mustafa Güngör, Stephanie Dehne, Björn Tschöpe und
Fraktion der SPD

11.

18.08.17

Nacktkontrollen im Polizeigewahrsam

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, in welcher Häufigkeit es bei der Aufnahme in den Polizeigewahrsam zu Durchsuchungen mit vollständiger Entkleidung der Betroffenen kommt, und inwieweit dabei die von der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter empfohlene Vorgehensweise Anwendung findet, bei der die betroffene Person zunächst nur die Oberkörperbekleidung ablegen muss und diese wieder anziehen darf, bevor sie ihren Unterkörper entkleiden muss?
2. Nach welchen Kriterien und Vorgaben wird im Einzelfall durch die zuständigen Bediensteten entschieden, ob die Durchsuchung bei Aufnahme in den Polizeigewahrsam mit vollständiger Entkleidung erfolgt, und inwieweit werden dabei die konkreten Gründe nachvollziehbar dokumentiert?
3. Wird eine Nacktkontrolle auch durchgeführt, wenn die Ingewahrsamnahme für die betroffene Person nicht absehbar war, sodass ihr für unbeobachtete Vorkehrungen zum Schmuggel von Drogen oder gefährlichen Gegenständen im Intimbereich keine Gelegenheit blieb?

Björn Fecker, Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Dr. Maike Schaefer und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

12.

18.08.17

Barrierefreiheit im Nahverkehrsplan 2018 bis 2022

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat aktuell die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr?
2. Wie gedenkt der Senat die in Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention und in § 8 Abs. 3 Satz 3 Personenbeförderungsgesetz formulierte Verpflichtung der „vollständigen Barrierefreiheit“ in Transportmitteln im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2018 bis 2022 umzusetzen?
3. Wie beabsichtigt der Senat auf Kritikpunkte aus dem Anhörungsverfahren einzugehen, die eine Optimierung der Barrierefreiheit, z. B. durch ein einheitliches Haltestellenkonzept oder eine uneingeschränkte Beförderung von E-Scootern, fordern?

Sahhanim Görgü-Philipp, Ralph Saxe, Dr. Kirsten Kappert-Gonther,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

13.

21.08.17

Umsetzung der Unterschwellenvergabeordnung in Landesrecht

Diese Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU wurde inzwischen zurückgezogen.

14.

22.08.17

Erleichterungen für Beamte bei der Krankenversicherung?

Wir fragen den Senat:

Wie viele der Bremer Beamten sind derzeit gesetzlich krankenversichert (aufgeteilt nach Bremen und Bremerhaven)?

Wie bewertet der Senat den Vorstoß der Hamburger Bürgerschaft, auch die gesetzliche Krankenversicherung für Beamte mit 50 % zu bezuschussen, und kommt ein solches Vorgehen für Bremen ebenfalls infrage?

Welche Kosten würden dem Land Bremen jährlich entstehen, wenn die Bezuschussung auch in Bremen praktiziert werden würde?

Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

15.

22.08.17

RADAR-iTE - neues Instrument zur Risikobewertung von potenziellen Gewaltstraftätern

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat das neue Risikobewertungssystem des Bundeskriminalamts RADAR-iTE, mit dem die Gefährlichkeit von potenziellen Gefährdern eingeschätzt werden kann und darauf aufbauend Interventionsmaßnahmen eingeleitet werden können?

Wird dieses Programm in Bremen bereits angewendet, und wenn nicht, kommt der Einsatz infrage, und wie wird die Gefährlichkeitsprognose derzeit durchgeführt?

Welche Kosten würden dem Land Bremen durch die Einführung des Systems entstehen?

Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

16.

22.08.17

Gerechtes Schulgeld an der Logopädieschule?

Wir fragen den Senat:

Wurde das Schulgeld für die Schülerinnen und Schüler der Logopädieschule, vor dem Hintergrund des angekündigten Einstiegs in die Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsberufen, zum Beginn des neuen Schuljahres reduziert?

Gelten die neuen Schulgeldebeträge auch für die Schülerinnen und Schüler der vorherigen Jahrgänge der Logopädieschule?

Aus welchen Mitteln wurde der Einstieg in die Schulgeldfreiheit für die Logopädieschule finanziert, und wurden dafür insbesondere Haushaltsmittel verwendet?

Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

17.

23.08.17

Medikamentenengpässe auch in Bremen?

Wir fragen den Senat:

Sind dem Senat Fälle bekannt, bei denen es in Klinika im Land Bremen seit 2016 zu Lieferengpässen von Medikamenten gekommen ist?

Um welche Präparate handelte es sich hierbei, und wie wurden die Engpässe jeweils begründet?

Ist dem Senat bekannt, ob es aufgrund der Lieferengpässe auch zu Versorgungsengpässen gekommen ist, die sich negativ auf den gesundheitlichen Zustand von Patientinnen und Patienten ausgewirkt haben?

Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

18.

23.08.17

Wie kommt die gemeinsame Krankenhausplanung der Länder Bremen und Niedersachsen voran?

Wir fragen den Senat:

Welche Fortschritte wurden bei der gemeinsamen Krankenhausplanung zwischen Bremen und Niedersachsen seit Dezember 2016 erzielt?

Wann tagte die AG Umlandversorgung zum letzten Mal, und welche Schwerpunkte wurden bei dieser Sitzung behandelt?

Wann werden die Krankenhauspläne der Länder Bremen und Niedersachsen voraussichtlich vorliegen?

Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

19.

24.08.17

Clankriminalität und Aufwachsen des Mhallamiye-Clans

Ich frage den Senat:

1. Wie konnte es zum Aufwachsen des Mhallamiye-Clans auf über 3 500 Personen im Lande Bremen kommen, und was verhindert ein Abschmelzen des Personenstandes?
2. Ist es richtig, dass zu Zeiten des Bürgermeisters Henning Scherf ein Großteil des Clans abschiebefertig bereitstand, dass diese Abschiebung verhindert wurde, und wenn ja, warum?
3. Aus welchen Gründen können Angaben über andere Clans, insbesondere in Bezug auf Kriminalitätszuweisung, im Unterschied zum genannten Clan, nicht in gleicher Weise gemacht werden?

Alexander Tassis (AfD)

20.

28.08.17

Verfahrensweisen in der Bremer Baupolitik

Ich frage den Senat:

1. Ist es richtig, dass Bremer Vertreter nicht an Besprechungsterminen zu den Planungs- und Kostendatenmodulen des Bundes und der Länder (PlaKoDa) teilnehmen, und wenn ja, warum verhält es sich so?
2. Welche Bremer Bauprojekte sind in den letzten drei Jahren an die PlaKoDa gemeldet worden?
3. Ist es richtig, dass unregelmäßig bei der Oberfinanzdirektion Hannover Begutachtungen der Finanzierungspläne von Stadt-, Landes- und Bundesbauten im Land Bremen eingeholt worden sind, und wenn ja, welche Projekte wurden in Hannover in den letzten drei Jahren geprüft?

Alexander Tassis (AfD)

21.

30.08.17

Studiengang „Inklusive Pädagogik an Oberschulen/Gymnasien“

Wir fragen den Senat:

1. Treffen Medienberichte zu, nach denen die Universität Bremen den Start des Studiengangs „Inklusive Pädagogik an Oberschulen/Gymnasien“ nicht zum Wintersemester 2018/2019 sicherstellen kann?
2. Wie weit sind die Vorbereitungen für diesen Studiengang an der Universität Bremen fortgeschritten, und wodurch werden diese verzögert?
3. Welche Unterstützungen bietet der Senat der Universität, um die Einrichtung des Studiengangs zum Wintersemester 2018/2019 zu gewährleisten?

Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

22.

05.09.17

Werden die Polizeitaucher in Bremen abgeschafft?

Wir fragen den Senat:

Gibt es im Rahmen der „Polizeireform 2600“ Verhandlungen zwischen Niedersachsen und Bremen, bei denen geplant wird, Aufgaben der beiden Polizeien zusammenzulegen, wenn ja, welche Bereiche wird dieses Vorhaben betreffen?

Inwieweit gibt es Planungen, die Tauchergruppe der Polizei Bremen abzuschaffen und die notwendigen Aufgaben der Polizei Niedersachsen zu übergeben?

Wie weit sind diese Planungen und wann wird der Bürgerschaft ein etwaiges Konzept dafür vorgelegt?

Marco Lübke, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

23.

06.09.17

Wie entwickelt sich das Forderungsmanagement beim Unterhaltsvorschuss?

Wir fragen den Senat:

Wie viele Anspruchsberechtigte im Bereich des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) gibt es derzeit in der Stadtgemeinde Bremen und der Stadtgemeinde Bremerhaven?

Wie viele offene Rückforderungen mit welchem finanziellen Volumen hat das Land Bremen gemäß UVG derzeit zu verzeichnen (bitte nach den Stadtgemeinden getrennt aufschlüsseln)?

Welche Rückforderungen nach dem UVG konnten im Jahr 2016 und in den ersten sechs Monaten des Jahres 2017 realisiert werden?

Sandra Ahrens, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

24.

08.09.17

Schwere Immobilienbrände in Bremerhaven-Lehe

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern stehen die Landesbehörden im Kontakt mit den Bremerhavener Behörden, um die massive Brandserie im Goethequartier in Bremerhaven-Lehe aufzuklären?

2. Welche konkrete materielle und personelle Unterstützung, etwa im Bereich der Brandermittlung beim LKA, hat der Senat dem Magistrat angeboten oder zur Verfügung gestellt?

3. Welche weiteren Maßnahmen sind aus Sicht des Senats notwendig, um die fortdauernde Brandserie aufzuklären und weitere Brände zu verhindern?

Nelson Janßen, Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

25.

12.09.17

Fortschreibung des bremischen Klimaschutz- und Energieprogramms

Wir fragen den Senat:

Wann plant der Senat die Fortschreibung des Klimaschutz- und Energieprogramms 2020 des Landes Bremen (KEP 2020) vorzulegen?

Inwiefern werden darin energetische Einsparpotenziale für Gewerbe- und Industriegebiete berücksichtigt und konkretisiert?

Heiko Strohmann, Jörg Kastendiek, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU